



Britta Bannenberg

Umgang mit Amokdrohungen an Schulen

Publikation

Vorlage: Datei des Autors
Eingestellt am 26.11.10 unter
www.hss.de/download/Berichte/101123-24_Aufsatz_Bannenberg.pdf

Autor

Prof. Dr. Britta Bannenberg

Veranstaltung

"Krisen im Schulbereich - Intervention und Prävention"
Arbeitstagung
der Hanns-Seidel-Stiftung
am 12./24.11.10
Bildungszentrum Wildbad Kreuth

Empfohlene Zitierweise

Beim Zitieren empfehlen wir hinter den Titel des Beitrags das Datum der Einstellung und nach der URL-Angabe das Datum Ihres letzten Besuchs dieser Online-Adresse anzugeben.

[Vorname Name: Titel. Untertitel (Datum der Einstellung).
In: <http://www.hss.de/...pdf> (Datum Ihres letzten Besuches).]

Umgang mit Amokdrohungen an Schulen

Spätestens seit der schweren Tat in Winnenden am 11. März 2009 hat die Zahl der Amokverdachtslagen und Drohungen mit einem Amoklauf an Schulen erheblich zugenommen. Nach medial bundesweit bekannt gewordenen neuen Fällen steigt die Zahl der Drohungen in den folgenden Wochen regelmäßig stark an. Darunter sind viele sogenannte Trittbrettfahrer, also Schüler, die zwar einen Amoklauf mehr oder weniger ausdrücklich ankündigen, aber keinerlei Vorbereitungsmaßnahmen getroffen haben. Diese planen keine Ausführung der Tat. Die Äußerungen (oder Schmierereien) erfolgen in der Regel spontan durch impulsive, deviante oder sehr kindlich wirkende Jugendliche. Aufgefallen sind vor allem 12 – 16 Jährige. Es finden sich aber auch (ehemalige) Schüler, bei denen eine Tatplanung und –durchführung nicht genau abgeklärt und auch nicht ausgeschlossen werden kann. Hier fallen in der Regel Jugendliche ab 14 Jahren und Heranwachsende auf, die erhebliche Verhaltensauffälligkeiten zeigen und vielfach psychische Probleme haben, was Lehrern bekannt ist. Sie werden nicht gemocht, sind tendenziell Einzelgänger und haben Probleme mit den Leistungsanforderungen, der Schule allgemein und mit Gleichaltrigen. Zuweilen finden sich Mobbingopfer. Amokdrohungen durch diesen Personenkreis müssen besonders sorgfältig abgeklärt werden, die Polizei findet regelmäßig beunruhigende Indizien, eine Gefährdungseinschätzung ist nicht immer abschließend möglich. In der Regel werden durch Waffenkontrollen und Hausdurchsuchungen Gefahren durch die Möglichkeit einer nahen Ausführung ausgeschlossen, weil Schusswaffen und andere Waffen nicht zur Verfügung stehen. Das Erziehungsverhalten der Eltern ist regelmäßig problematisch, da keine emotionale Bindung und echte Unterstützung des Kindes vorliegt, sondern ein Gewährenlassen und oberflächliches Verteidigen gegen Vorwürfe. Man gewinnt den Eindruck, diese Jugendlichen werden mit ihren Problemen alleingelassen. Erfolgt keine längere Intervention durch Unterbringung in einer Einrichtung der Kinder- und Jugendpsychiatrie muss sich die Schule hier der Verantwortung der Integration dieser Kinder und Jugendlichen stellen. Die Amokdrohungen durch diese verhaltensauffälligen Jugendlichen wirken wie Hilferufe. Grundsätzlich müsste eine Intervention darauf abzielen, diese Jugendlichen in den Schulalltag zu integrieren, Perspektiven und Anerkennung zu vermitteln. Dies wird vielfach nur mit Netzwerken gelingen, in denen außer Lehrern andere Personen spezifische Hilfestellungen leisten. Neben der Kinder- und Jugendhilfe und

ambulanten therapeutischen Angeboten ist im Bereich der Schule an unterstützende Mitschüler zu denken (z.B. Buddy-Systeme u.a.).

Ernsthafte Tatvorbereitungen sind dagegen sehr selten. Bei diesen Jugendlichen treffen eine erhebliche Zahl von Indizien und Verhaltensauffälligkeiten zu, die bei früheren Amokläufern ebenfalls gefunden wurden. Es fanden sich dramatische Zuspitzungen und viele Anzeichen besorgniserregender Entwicklungen. Die Andeutungen waren sehr ernst zu nehmen, wie die polizeilichen Ermittlungen klar zeigen konnten. Die Ermittlungen führten bei diesen wenigen Jugendlichen zu Strafverfahren mit Anordnung von Untersuchungshaft bzw. Unterbringung in der forensischen Psychiatrie.

In der Praxis zeigt sich bei den Schulen eine unterschiedliche Umgangsweise mit dem Thema Amokdrohungen. Nicht alle Lehrer sind über Kriterien zur Abklärung von Amokverdachtslagen informiert, obwohl diese mittlerweile vielfach publiziert sind. Das hat auch mit Abwehr zu tun. Vielen macht das Thema schlicht Angst, was entweder zur Verdrängung oder zu Überreaktionen führt. Wenn in jedem Fall eines 12-Jährigen, der bei einem Konflikt wütend einen Amoklauf androht oder sich – erkennbar unernst – wichtig machen will, die Polizei gerufen und zuweilen noch die Schule evakuiert wird, ist dies schlichtweg unangemessen und unnötig. Es schafft erst recht Angst und ruft bei anderen Schülern die Motivation hervor, durch eine Amokdrohung die Schule für einen Tag ausfallen zu lassen. Man sollte gelassen bleiben. Die Taten sind selten. Sie haben eine Vorgeschichte und zeigen eine längere Entwicklungsphase. Die meisten Drohungen sind nicht ernst gemeint. Eine Abklärung des Sachverhalts, bei dem Informationen von mehreren Schülern, Lehrern, Eltern und der Reaktion des Jugendlichen selbst zusammen geführt werden, schafft in den meisten Fällen bereits Klarheit. Derartige Äußerungen entstehen aus Konflikten, Übermut, unangemessener Wichtigtuerei und auch als Hilferuf, weil es dem Jugendlichen schlecht geht. Bleiben nach Aufklärungsbemühungen Zweifel und kann die Ernsthaftigkeit nicht ausreichend sicher abgeklärt werden, sollte die Polizei verständigt werden, die weitere Maßnahmen zur Aufklärung einsetzen wird. Bei einem solchen Vorgehen wird schnell klar, wie viel man über den Jugendlichen weiß, mit wem er Kontakt hat, welche Lehrer ein gutes Verhältnis zu ihm haben, welche Probleme und Schwierigkeiten er hat. Die späteren Täter waren regelmäßig solche Schüler, über die sehr wenig bekannt war, über den Lehrer und Mitschüler nichts sagen konnten. Daraus haben amerikanische Schulen zum Teil auch die präventive Konsequenz gezogen, jedes Jahr eine Klassenkonferenz über die Schüler

abzuhalten, in denen derartige Kontakte und Beziehungen hinterfragt werden. Wenn kein Lehrer irgendetwas über einen bestimmten Schüler weiß, geht man aktiv auf ihn zu.

Informationen über den Umgang mit Amokdrohungen, wirksame Gewaltprävention, Konfliktlösungsstrategien und Anti-Bullying-Maßnahmen sollten bereits fester Bestandteil des Pädagogikstudiums sein. Mindestens sollten entsprechende Fortbildungen strukturiert über die Kultusministerien für alle Lehrer angeboten werden.

In deutschen Schulen sind seit Winnenden, teilweise aber auch schon früher, vermehrt sogenannte Krisenteams gegründet wurden. In Bezug auf den Umgang mit Amokdrohungen sind diese Krisenteams eine wichtige und sinnvolle Einrichtung. Sie können die regelmäßig verstreut aufgefallene Hinweise auf besorgniserregendes Verhalten, bedrohliche Äußerungen und verschiedene Wahrnehmungen zusammen führen und bewerten. Das setzt voraus, dass jeder Lehrer eine grundsätzliche Information über den Umgang mit Drohungen (nicht nur explizite Drohungen mit „Amok“, Konflikte und Verhaltensauffälligkeiten, Mobbing, sonstige Auffälligkeiten eines Schülers) erhalten haben muss. Krisenteams sind besonders geschulte Lehrer, die über die Abklärung von Verdachtsfällen und weitergehende Intervention (Eltern, schulische Maßnahmen, Einschaltung der Polizei und der Schulpsychologen, Kinder- und Jugendpsychiatrie, Jugendhilfe) informiert sein sollten. Ein Fall darf nicht an sie delegiert werden, um den Schüler dann zu vergessen, im Gegenteil. Werden keine Unterbringungen in Psychiatrie oder Untersuchungshaft angeordnet, stellt sich das Problem des weiteren Umgangs mit diesem Schüler nach der Drohung. Man sollte sich die Bedeutung der schulischen Reaktion als mögliche Eskalation, die die Probleme des Schülers noch vertiefen können, immer vor Augen halten. Ein Schulverweis oder eine offene Ablehnung des Schülers kann eine Gefährdung möglicherweise erst hervorrufen, jedenfalls aber eine Krise für den Jugendlichen vertiefen. Schulpsychologen müssen intensiv über die Anzeichen und Zusammenhänge geschult sein. Eine auf Dauer präventiv wirkende Integration eines verhaltensauffälligen Schülers wird wohl nur gelingen, wenn er Anerkennung erfährt und in ein ihn unterstützendes Netzwerk eingebunden wird. Dies weitet den Blick auf die Notwendigkeit der Schulen, sich zu vernetzen und auch Schüler regelmäßig in präventive Aktivitäten einzubinden.